

Alexander Schlager

Die Proteste gegen „Stuttgart 21“

Sprechchöre, die ansonsten auf Antifa-Demos oder bei „revolutionären Maidemos“ zu hören sind, erschallten aus hunderten von Kehlen an jenem 30. September 2010, der in Stuttgart seitdem der „blutige Donnerstag“ oder „schwarze Donnerstag“ heißt. Nur, dass die Rufer_innen dieser Parolen nicht als „schwarzer Block“ oder „gewaltbereite Chaoten“ denunziert werden können. Es war ein Querschnitt der Bevölkerung, der sich im Stuttgarter Schlossgarten versammelt hatte, um gegen das Bahn- und Immobilienprojekt „Stuttgart 21“ zu demonstrieren. Und es waren diese zu großen Teilen „bürgerlichen“ Protestierenden, die sich einem Polizeieinsatz gegenüber sahen, der an die Einsätze an der Startbahn West oder in Brokdorf in den 1980er Jahren erinnerte. Mehrere hundert Personen wurden durch Schlagstöcke, Pfefferspray, Reizgas und Wasserwerfer verletzt, vier davon so schwer, dass sie im Krankenhaus operiert und stationär behandelt werden mussten. Ein älterer Herr verlor ein Augenlicht und wird auf dem anderen Auge allenfalls rudimentäre Sehfähigkeit zurückerlangen. Wie konnte es so weit kommen, dass der Staat sich nicht mehr anders glaubte helfen zu können, als seinen „Erzwingungsstab“ (Max Weber) derart massiv einzusetzen? Was sagt dies aus über den Zustand der Demokratie und die Fähigkeit der Regierenden, Konsens für ihre Maßnahmen herzustellen? Was steht bei „Stuttgart 21“ auf dem Spiel? Und welches Spiel wird hier überhaupt gespielt? Wer sind die „Stuttgart 21“-Gegner_innen? Wogegen demonstrieren sie? Und schließlich: Was folgt aus den Geschehnissen rund um dieses „Kleingroßstadtprojekt“ (Melitta Dingdong) für linke Organisation und Politik? Diese Fragen will ich im Folgenden zu beantworten versuchen. Zunächst möchte ich einen Überblick über die Historie des Projekts „Stuttgart 21“

und der Proteste dagegen geben. Sodann soll geklärt werden, welche Motive des Protests sich identifizieren lassen und wodurch diese mit grundlegenden Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und der Krise der politischen Repräsentation im Zusammenhang stehen.

„Es gibt wichtigere Dinge als ein Kleingroßstadtprojekt...“ (Melitta Dingdong)

Die Legende besagt, dass die Idee zu „Stuttgart 21“ während eines Hubschrauberfluges entstanden sei. Der damalige Bahnchef Heinz Dürr und der ehemalige Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann hätten beim Blick aus der Höhe erkannt, dass das Gleisvorfeld des Stuttgarter Bahnhofes die Stadt unnötig teile und riesige Flächen in Beschlag nehme. Dort, so ihre Idee, könne doch ein ganz neues Stadtviertel mitten in der Stadt entstehen, wenn man den derzeitigen Kopfbahnhof in einen Durchgangsbahnhof verwandle und unter die Erde verlege. Dürr sah „eine völlig andere Stadt“ vor sich und der Bundesverkehrsminister schwärmte gar von einem „Pilotprojekt für ganz Europa“. Mit der geplanten Tieferlegung ist der Abriss der Seitenflügel des bisherigen Bahnhofs verbunden, außerdem das Abholzen von etwa 250 Bäumen, darunter teilweise 200 Jahre alte Platanen. Getrennt davon zu betrachten ist eine Neubaustrecke von Wendlingen (bei Stuttgart) nach Ulm. Dieser Neubau soll nach offiziellen Verlautbarungen die Fahrzeiten verkürzen und zusätzliche Kapazitäten für den Güterverkehr schaffen.

Allerdings kann die Neubaustrecke ohne „Stuttgart 21“ und unter Beibehaltung eines modernisierten Kopfbahnhofes realisiert werden. „Stuttgart 21“ ohne Neubaustrecke hingegen käme einem Trip nach Absurdistan gleich, endeten die Gleise doch sprichwörtlich auf dem Acker. Wenn Politiker und Bahn-Verantwortliche heute gebetsmühlenartig betonen, dass „Stuttgart 21“ ein europäisches Projekt sei und die Gegner selbstgenügsame Provinzler, die das große Ganze und die europäische Idee nicht verstünden, so erweist sich diese Behauptung als Scheinargument. Für die „europäische

Magistrale“, die geplante Verbesserung der Verbindung zwischen Paris und Budapest, ist „Stuttgart 21“ nicht notwendig.

Worum es dem Land Baden-Württemberg vielmehr geht, ist die Anbindung des Flughafens und der Messe an die Schnellfahrstrecke. Es handelt sich also um ein lokal begrenztes, am Standort orientiertes und insofern keineswegs „europäisches“ Interesse. Diese Anbindung von Flughafen und Messe erfordert neben der Tieferlegung des Hauptbahnhofes den Bau eines neuen unterirdischen Flughafenbahnhofs sowie von insgesamt 33 Kilometern Tunnel in der Stadt. Die Kosten sind enorm: „Stuttgart 21“ soll nach heutigen Angaben der Projektträger alles in allem circa 4,1 Milliarden Euro kosten, die Strecke Wendlingen–Ulm noch einmal circa 2,9 Milliarden Euro. Das Planungsbüro Vieregg & Rössler, das bereits bei vergangenen Großprojekten mit seinen Schätzungen näher an der Realität lag als die Projektbetreiber, kommt sogar auf Gesamtkosten zwischen 12,2 und 18,7 Milliarden Euro.

Wie auch immer es sich mit dem Gründungsmythos des Hub-schrauberfluges verhält, Fakt ist, dass das Projekt „Stuttgart 21“, als es im Jahr 1994 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, auch im Bundesmaßstab kein einmaliges Vorhaben war. Unter dem Slogan „Bahnhof 21“ sollten in einer ganzen Reihe von Städten die Bahnhöfe unter die Erde verlegt und die frei werdenden Flächen vermarktet werden. Erklärtes Ziel all dieser Projekte war es, den Eisenbahnbetrieb zu beschleunigen und Flächen für die Stadtentwicklung zu erschließen. Wie in Stuttgart sollte auch in Frankfurt am Main und München der Kopfbahnhof durch einen unterirdischen Durchgangsbahnhof ersetzt werden. Diese Projekte wurden jedoch aus finanziellen Gründen nicht realisiert. Als einziges Großprojekt der „Bahnhof 21“-Reihe blieb „Stuttgart 21“. Es wird zu fragen sein, in wessen Interesse es ist, dass trotz stark steigender Kostenschätzungen das Projekt mit aller Gewalt durchgesetzt werden soll. Jedenfalls erlebte das Projekt in seiner fünfzehnjährigen Geschichte bis zum offiziellen Baubeginn Höhen und Tiefen. Ebenso wellenförmig verlief der Protest.

Phase 1: „Stuttgart 21“ wird aufs Gleis gesetzt. Protest als Gegeninformation. Bürgerbeteiligung als Farce

Im April 1994 stellen Ministerpräsident Erwin Teufel, Bahnchef Heinz Dürr, Stuttgarts Oberbürgermeister Manfred Rommel und Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann in einer Pressekonferenz „Stuttgart 21“ der Öffentlichkeit vor. Eine in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie kommt zu dem Ergebnis, dass eine Umsetzung möglich ist. Im November 1995 schließen Bund, Land, Stadt, der Verband Region Stuttgart und die Deutsche Bahn eine Rahmenvereinbarung zur Entwicklung und Förderung des Projekts ab. Ende 1997 gewinnt das Düsseldorfer Architekturbüro Ingenhoven die Ausschreibung für den unterirdischen Bahnhofsba. Die Kosten werden auf fünf Milliarden DM geschätzt. In einer repräsentativen Bürger_innenbefragung im Jahr 1995 bewerten 51 Prozent das Projekt als „sehr gut“ oder „gut“, 30 Prozent lehnen es als „schlecht“ oder „sehr schlecht“ ab. Diese Zahlen taugen jedoch nicht als Beleg für eine breite Zustimmung. Denn die allgemeine Öffentlichkeit wird kaum über das Vorhaben informiert. „Stuttgart 21“ bleibt für die Bürger_innen ein in seinen Konsequenzen abstraktes Projekt. Zwar liegt mit dem Buch *Stuttgart 21 – Hauptbahnhof im Untergrund?* von Winfried Wolf, Verkehrsexperte und Bundestagsabgeordneter der PDS, eine erste kritische Stellungnahme vor. Dennoch bleibt der Protest eine Sache von wenigen, und noch geht es vor allem um Gegeninformation. Maßgeblicher Akteur hierbei ist die 1996 gegründete Bürger_inneninitiative „Leben in Stuttgart – kein Stuttgart 21“. Ihr wichtigster Vertreter ist Gangolf Stocker, der zu diesem Zeitpunkt ebenfalls Mitglied der PDS ist. Doch ist die PDS keineswegs selbst ein wichtiger Faktor – zum einen aufgrund ihrer mangelnden personellen und organisatorischen Stärke, zum anderen, weil das Thema auch in ihren Reihen ein Außenseiterthema bleibt.

1997 soll eine „offene Bürgerbeteiligung“ das Projekt stärker in der Stadt verankern und den Menschen die Möglichkeit geben, sich

in die Planungen einzubringen. Doch in Wirklichkeit gibt es kaum etwas zu entscheiden, denn Stuttgart hat sich per Rahmenvereinbarung dazu verpflichtet, alle Bebauungspläne für „Stuttgart 21“ so aufzustellen, dass die von der Bahn, zum damaligen Zeitpunkt Eigentümerin des Bahnhofsgeländes, kalkulierten Grundstückserlöse von 2,2 Milliarden DM realisiert werden können. Damit sind Fakten geschaffen, die eine „investorenfreundliche“ Bauplanung notwendig machen, sprich eine dichte Blockbebauung mit großen monofunktionalen Gebäuden für Büro- und Einkaufszentren. Es ist der Gemeinderat selber, der den Bürger_innen (und sich selbst) diese Fesseln angelegt hat. Mit seiner Zustimmung zur Rahmenvereinbarung hat er sich am 30. November 1995 an die Projektplanungen zu „Stuttgart 21“ gekettet, ohne Alternativen erwogen zu haben. Die Behauptung, die Menschen hätten an den Wahlurnen für „Stuttgart 21“ gestimmt, ist falsch, weil in der Entstehungsgeschichte des Projektes kein breiter parlamentarischer Diskurs stattfand. Ebenso ist eine Bürger_innenbeteiligung, bei der die wesentlichen Dinge der Beteiligung entzogen sind, eine Farce. Sie dient lediglich der nachträglichen Akzeptanzbeschaffung.

Phase 2: Das Projekt gerät ins Stocken. Land und Stadt kaufen sich ein. Protest entwickelt Alternative und scheitert vor Gericht

Der neue Bahnchef Johannes Ludewig verhängt 1999 einen Planungsstopp und kritisiert, dass das Land Baden-Württemberg nicht bereit sei, sich an der Finanzierung des Projektes zu beteiligen. In einer erneuten Prüfung durch die Deutsche Bahn wird das Gesamtprojekt als nicht komplett realisierbar eingeschätzt. Teillösungen werden angedacht. Auch die neue, rot-grüne Bundesregierung legt wenig Bereitschaft an den Tag, das Projekt zu befördern. Als „Stuttgart 21“ somit aufs Abstellgleis zu geraten droht, passiert etwas Ungewöhnliches. Das Land Baden-Württemberg bietet dem Bund an, die neue ICE-Strecke zwischen Wendlingen und Ulm

vorzufinanzieren, obwohl dies eigentlich Sache des Bundes ist. Bedingung: „Stuttgart 21“ und die Neubaustrecke müssen gemeinsam verwirklicht werden, ein wie erwähnt rein politisches Junktim. Gleichzeitig stellt das Land der Bahn großzügige indirekte Subventionen in Aussicht und 2001 kauft die Stadt Stuttgart die Gleisanlagen, die durch den Bau des unterirdischen Bahnhofes frei werden sollen. Diese finanzstarken Argumente von Stadt und Land scheinen den neuen Bahn-Chef Hartmut Mehdorn, ein Freund von Gigantomanie und Großprojekten, zu überzeugen. Jedenfalls schließen Bahn, Stadt und Land eine Vereinbarung zur weiteren Zusammenarbeit bei der Realisierung von „Stuttgart 21“ ab. Dann passiert wieder lange Zeit nichts. Die Finanzierung ist nach wie vor nicht gesichert. Dennoch erteilt das Eisenbahnbundesamt 2005 die Baugenehmigung für den Tiefbahnhof.

Daraufhin klagen der Umweltverband BUND sowie zwei Wohnungseigentümer vor dem Verwaltungsgerichtshof gegen diesen Planfeststellungsbeschluss. Sie argumentieren, dass es eine kostengünstigere Alternative gebe, die verkehrlich effizienter sei und ohne Tieferlegung des Bahnhofes sowie den Bau langer Tunnelstrecken in der Stadt auskomme. Sie bezweifeln die Leistungsfähigkeit eines von 16 auf acht Gleise reduzierten unterirdischen Bahnhofes, plädieren für die Ertüchtigung des bestehenden Kopfbahnhofes und die Sanierung und Erweiterung der bestehenden Gleisanlagen. Ein integraler Taktfahrplan solle realisiert werden, der optimale Zuganschlüsse und Umsteigemöglichkeiten biete, die bei „Stuttgart 21“ nicht gegeben seien. Das Gegenkonzept mit dem Namen „Kopfbahnhof 21“ (K21) wurde von unabhängigen Experten des Verkehrsclub Deutschland (VCD) und des Fahrgastverbandes Pro Bahn entwickelt. Das Verwaltungsgericht weist die Klagen gleichwohl mit der Begründung, dass die nicht abschließend beantwortete Finanzierungsfrage der Rechtmäßigkeit des Planfeststellungsbeschlusses nicht entgegenstehe, zurück.

Phase 3: „Stuttgart 21“ rückt näher. Der Protest formiert sich

2007 einigen sich Bund, Land, Stadt und Bahn in einem *Memorandum of Understanding* über die Aufteilung der Kosten des Projekts. Damit rückt die Realisierung in greifbare Nähe. Nun gehen jedoch auch die Gegner_innen in die Offensive und organisieren ein Bürgerbegehren gegen „Stuttgart 21“. Nach Informationskampagnen und Expertisen ist dies die dritte Stufe des Widerstands. Das Bündnis „Bürgerentscheid gegen Stuttgart 21“ entsteht, diesem gehören der BUND, Bündnis 90/Die GRÜNEN, die Initiative „Leben in Stuttgart – kein Stuttgart 21“, der VCD und Pro Bahn an. Die Forderung des Bündnisses, der Gemeinderat möge aufgrund von neuen Erkenntnissen einen erneuten Grundsatzbeschluss über das Projekt „Stuttgart 21“ fassen, findet jedoch kein Gehör. Vielmehr beschließt das Stadtparlament, einer Vereinbarung zwischen dem Land Baden-Württemberg, der Stadt Stuttgart und dem Verband Region Stuttgart zuzustimmen, in der sich die Stadt unter anderem bereit erklärt, ihren Risikoanteil zu erhöhen und auf Verzugszinsen aus dem Grundstücksgeschäft mit der Deutschen Bahn zu verzichten. Auch das Bürgerbegehren wird gestoppt. Obwohl innerhalb von sechs Wochen mehr als 67.000 Unterschriften gesammelt werden und sich somit mehr als zehn Prozent der Einwohner_innen Stuttgarts dem Begehren anschließen, lehnt der Gemeinderat die Einleitung eines Bürgerentscheids ab. Das Verwaltungsgericht lehnt später den Widerspruch der Initiator_innen ab. Bezeichnenderweise bezieht sich das Gericht in seiner Urteilsbegründung auf besagten Gemeinderatsbeschluss: „Ein Bürgerbegehren gegen einen bereits vollzogenen Gemeinderatsbeschluss ist unzulässig, da die Angelegenheit nicht mehr in dem vom Bürgerbegehren verfolgten Sinn entschieden werden kann.“¹

¹ Pressemitteilung des Verwaltungsgerichts vom 17. Juli 2009: Klage gegen Stuttgart 21 hatte keinen Erfolg, [<http://justizportal-bw.de/servlet/PB/menu/1244220/index.html?ROOT=1192939>] (Download 18. November 2010).

Das Abwürgen des Bürgerentscheids löst deutlich sichtbaren Unmut aus. Wie eine Studie des Wissenschaftszentrum Berlin vom Oktober 2010 ergab,² war die Ablehnung des Bürgerentscheids für die meisten Demonstrant_innen das auslösende Moment für ihren Protest. Anders als zuvor beschränkt sich der Protest nun nicht mehr auf Information und juristisches Vorgehen. Der als arrogant empfundene Umgang mit dem Bürger_innenwillen bringt zum ersten Mal tausende auf die Straße. Doch zunächst ohne Erfolg: Obwohl weitere Kostensteigerungen bekannt werden, bewilligt der Bundestag 2008 Geld für „Stuttgart 21“ sowie die Neubaustrecke. Im April 2009 unterzeichnen der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger, der Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee und das Deutsche-Bahn-Vorstandsmitglied Stefan Garber die Finanzierungsvereinbarung für den neuen Bahnhof. Als Kosten werden 3,1 Milliarden Euro beschlossen plus ein „Risikofonds“ in Höhe von 1,4 Milliarden Euro. 4,5 Milliarden Euro, also fast eine Verdopplung zur ursprünglichen Planung, so Bahnchef Rüdiger Grube, seien allerdings die absolute Schmerzgrenze. Die schleichende Erhöhung der Kosten geht trotz dieser Aussage unvermindert weiter. Ende 2009 sind die Kosten offiziell bereits auf 4,1 Milliarden Euro gestiegen. Trotzdem stimmen die Projektträger und der Verkehrsausschuss des Bundestages der Realisierung zu.

Bei den Gemeinderatswahlen 2009 gewinnen die Gegner des Bahnprojekts. Die GRÜNEN werden stärkste Fraktion, die LINKE erreicht 4,5 Prozent, das parteifreie Bündnis Stuttgart – Ökologisch – Sozial (SÖS), wesentlicher Träger des Bürger_innenprotestes, kommt auf 4,6 Prozent. Doch die rechnerische Mehrheit aus GRÜNEN, SPD und der Fraktionsgemeinschaft SÖS/LINKE wird nicht genutzt: Die SPD will „Stuttgart 21“ und verhindert, dass die neue Mehrheit sich gegen das Projekt wendet.

² Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 18.10.2010, Kurzbericht, [http://www.wzb.eu/zkd/zcm/pdf/stgt-21_kurzbericht_10-2010.pdf] (Download 18. November 2010).

Phase 4: Baubeginn für „Stuttgart 21“. Der Protest wird zum Massenprotest und zur Volksuni unter freiem Himmel. Ziviler Ungehorsam als Massenphänomen

Am 26. Oktober 2009 findet die erste Montagsdemonstration statt – es kommen vier Teilnehmer_innen. Die Aktion ist eine Initiative von unten. Sie ist nicht mit dem „Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21“ abgesprochen, das aus dem Bündnis zur Durchführung des Bürgerbegehrens hervorgegangen ist. Schnell erhöht sich die Zahl der Teilnehmer_innen. Bis zum Frühjahr 2010 demonstrieren Woche für Woche (!) 2.000 bis 3.000 Menschen. Das organisatorische Dach wird nun durch das Aktionsbündnis hergestellt, das auch die Koordination der Redner_innen übernimmt. Dadurch ergeben sich unterschwellig Konflikte darüber, wer reden soll, welche Rolle Politiker_innen spielen sollen, wie stark die Prägung der Protestbewegung durch die GRÜNEN sein darf. Die Konflikte werden jedoch konstruktiv ausgetragen und nach anfänglichen Schwierigkeiten werden die LINKE und die „Gewerkschafter_innen gegen Stuttgart 21“ offiziell in das Bündnis aufgenommen. Das Bündnis versteht sich weniger als beschlussfassendes denn als organisierendes und bündelndes Gremium. Erklärungen werden meist von Einzelpersonen herausgegeben, nicht vom Bündnis insgesamt. Dies führt in einzelnen Fällen zu Konflikten, aber auf der anderen Seite erlaubt es ein Vorgehen nach dem Motto „Getrennt marschieren – vereint schlagen!“ Die Proteste sind, wie so oft, durch eine Verbindung von politischen und kulturellen Formen geprägt. Neben Redebeiträgen gibt es musikalische und dichterische Darbietungen. Mit dem Theaterregisseur Volker Lösch und dem Schauspieler Walter Sittler sind zwei bekannte Künstler öffentliche Gallionsfiguren des Protestes. Für Demonstrationen ungewöhnlich, gibt es regelmäßig Fachvorträge zu architektonischen Aspekten des Bahnhofes, zu ökologischen und geologischen Gefahren des Umbaus etc. Der Protest ähnelt manchmal einer Volksuni unter freiem Himmel.

Im Februar 2010 beginnen die offiziellen Bauarbeiten mit – allerdings noch nicht sehr eingreifenden – Arbeiten am Gleisvorfeld. Die Intention der Bauherren ist klar: Es sollen Fakten geschaffen werden, die das Projekt unumkehrbar erscheinen lassen, in der Hoffnung, dass die Menschen „einsehen“, wie „sinnlos“ weitere Proteste sind. Aber das Gegenteil geschieht. Viele merken, dass es nun wirklich ernst wird. Dann beginnen die sichtbaren Abrissarbeiten am Nordflügel des Bahnhofs – während der Sommerferien, in der Hoffnung, dass in der Urlaubszeit weniger Protest mobilisiert werden kann. Aber auch dieses Kalkül geht nicht auf. Spontane Empörung, Wut, auch Trauer, herrschen vor. Diese Gefühle führen nicht zu Lähmung, sondern mobilisieren den Protest in einer Intensität, die kaum jemand erwartet hatte. Es finden jetzt wöchentlich zwei Demonstrationen statt, die regelmäßig zwischen 10.000 und 80.000 Menschen auf die Straße bringen. Auch die Qualität der Proteste ändert sich. Besetzungsaktionen, Straßenblockaden, unangemeldete „Spontandemonstrationen“ werden zu Mitteln des Widerstands. Vereinzelt gibt es innerhalb der Bewegung Kritik an diesen Aktionsformen, aber die große Mehrheit trägt sie mit. Und viele machen sogar mit: An Straßenblockaden und unangemeldeten Aufzügen beteiligen sich oft mehrere tausend Menschen. Dem Oberbürgermeister wird ein „spontaner Besuch“ bei einer Ausstellungseröffnung in der Staatsgalerie abgestattet, woraufhin dieser die Veranstaltung durch einen Hinterausgang verlassen muss. Solche Aktionen sind keineswegs eine Sache der (in Stuttgart ohnehin schwachen) radikalen Linken, sondern eine Sache für alle. Da der zivile Ungehorsam ein bürgerliches Gesicht hat, gelingt es nicht, ihn zu denunzieren und die Protestbewegung zu spalten.

Dabei kommt das Verdienst, zivilen Ungehorsam als Aktionsform massenhaft zu verankern, vor allem den „Parkschützern“ zu. Diese Initiative gründet sich Ende 2009. Sie verfolgt das Ziel, die Bäume des Schlossgartens zu schützen. Die Initiative ist im Umgang mit den Medien sehr geschickt, nutzt die Beteiligungsmöglichkeiten des Web 2.0 und verknüpft diese mit der Aktivierung für

Aktionen. Auf einer Website (www.parkschuetzer.de) können sich die Leute als „Parkschützer_in“ registrieren und öffentlich in abgestufter Form ihr Engagement bekunden – vom Bekenntnis, die Baumfällungen abzulehnen über die Erklärung, in diesem Falle sofort informiert werden zu wollen und zum Protest schnellstmöglich vor Ort zu kommen bis hin zur Bereitschaft, sich vor die anrückenden Baumfahrzeuge zu setzen oder an die Bäume zu ketten. Durch regelmäßig stattfindende Blockadetrainings wird die Organisation in die „reale Welt“ geholt. Dies gibt den Menschen die Möglichkeit, eine Aktionsform kennenzulernen, die für viele bis dahin etwas Unbekanntes war. Mindestens genauso wichtig ist der dadurch entstehende *face-to-face*-Austausch, der das Bilden von Bezugsgruppen für Aktionen ermöglicht und aus dem heraus immer neue thematische Arbeitsgruppen entstehen, die eigene Initiativen entwickeln und umsetzen, wie etwa eine permanente Mahnwache oder ein „Kopf-Hoch-Team“ zur psychologischen Unterstützung der Demonstrant_innen. Dass der Widerstand gegen die Baumfällungen am 30. September 2010 so schnell organisiert wird und so große Ausmaße annimmt, liegt zu einem guten Teil daran, dass die Initiative „Parkschützer“ mittlerweile über 30.000 als „Parkschützer_innen“ registriert und organisiert hat.

Weil die „Parkschützer“ sich außerhalb und unabhängig vom bestehenden Aktionsbündnis konstituiert haben, kommt es gelegentlich zu Spannungen und Kämpfen darüber, wer die Deutungshoheit über die Protestbewegung hat. Autonom entstehen auch weitere neue Initiativen: Ingenieure gegen Stuttgart 21, Architekten gegen Stuttgart 21, Unternehmer gegen Stuttgart 21, Juristen gegen Stuttgart 21, Ärzte und Psychologen gegen Stuttgart 21 und andere mehr. Auf Partizipation, Mobilisierung, Demonstration und Stärkung des Zusammenhalts zielt eine weitere Protestinnovation, der sogenannte „Schwabenstreich“. Die Aktion besteht darin, dass alle Gegner_innen von „Stuttgart 21“ um 19.00 Uhr für eine Minute gemeinsam Lärm machen. Im Aufruf zum ersten Schwabenstreich, der unmittelbar nach dem Abriss des Nordflügels ins Leben geru-

fen wurde, heißt es: „Das Schöne daran ist: Jeder und Jede kann mitmachen, egal wo er oder sie gerade sitzt, steht, fährt oder geht, egal ob jung oder alt. Und täglich können neue Protestierer dazukommen.“³

Den bisherigen Höhepunkt der Auseinandersetzung und den Übergang zur Phase 5, in der wir uns heute befinden, markiert der erwähnte 30. September, der Tag, an dem die ersten Bäume im Schlossgarten gefällt werden. Die Polizei geht mit äußerster Brutalität vor. Mit Wasserwerfern, Pfefferspray, Reizgas und Schlagstöcken werden die Menschen auseinandergetrieben. Am Rande stehende Personen werden ohne polizeitaktische Notwendigkeit zusammengeprügelt. Es gibt über 400 Verletzte. Vier Personen werden durch Wasserwerfer so schwer an den Augen verletzt, dass sie im Krankenhaus operiert werden müssen, ein Demonstrant verliert sein Augenlicht.

Aus meiner Sicht hat diese Eskalation der Polizeigewalt zwei Ursachen. Zum einen ist es bewusste Strategie der Politik, den Einsatz gewaltförmig zu gestalten. Hier soll Gegengewalt provoziert werden, um die Bewegung in „friedliche Demonstranten“ und „gewaltbereite Chaoten und Berufsdemonstranten“ zu spalten. Bei der Wähler_innenschaft will die konservativ-liberale Regierung auf dieser Grundlage als Partei für „Recht und Ordnung“ punkten. Aber beides geht schief. Der Protest wird nicht geschwächt, sondern gestärkt. Die Menschen erdulden die Polizeigewalt, ohne sich dagegen zu wehren, was als verständliche Reaktion nahe liegen würde. Sie erleben mit eigenen Augen, dass die Erklärung, Gewalt von Seiten der Demonstranten habe die Polizei gezwungen, derart massiv vorzugehen, eine Lüge ist. Medial erzeugte Bilder vom „schwarzen Block“, die vielleicht auch bei manchen Demonstrant_innen noch im Kopf waren, werden entlarvt, wenn mit eigenen Augen beobachtet werden kann, wie x-beliebige Leute, vom Schüler bis zur Rentnerin, von der Polizei eingemacht werden. Man sollte aber

³ Walter Sittler / Volker Lösch, Rede zum ersten „Schwabenstreich“, [http://www.kopfbahnhof-21.de/fileadmin/bilder/unterstuetzer/MoDemo-Reden/rede_schwabenstreich_loeschsittler.pdf] (Download 18. November 2010).

auch die Rationalität eines solchen Polizeieinsatzes nicht überschätzen, wie dies Linke gerne tun. Wenngleich auf Gewalt angelegt, ist er den Verantwortlichen aus dem Ruder gelaufen. Der Widerstand ist so groß und entschlossen, dass die Polizei überrascht wird und ihre Taktik über den Haufen geworfen wird. Für Polizei und Politik endet der Einsatz in einem medialen Fiasko. Versuche, den Demonstrant_innen die Schuld für die Gewalt in die Schuhe zu schieben, blamieren sich schnell.

Phase 5: Die Schlichtungsgespräche beginnen. Der Protest geht weiter

Die Ereignisse des 30. September mobilisieren den Protest weiter. Für viele geht es jetzt um Fragen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit überhaupt. Die Projektbefürworter_innen geraten derart in die Defensive, dass sie sich genötigt sehen, etwas zu tun, was sie bisher strikt abgelehnt haben: mit den Gegner_innen über das Für und Wider von „Stuttgart 21“ zu sprechen. Eine „Sach- und Faktenschlichtung“ unter Leitung des „Vermittlers“ Heiner Geißler beginnt. Diese soll die Konzepte „Stuttgart 21“ und „Kopfbahnhof 21“ auf ihre verkehrliche Tauglichkeit und wirtschaftliche Effizienz prüfen. Die Projektbefürworter_innen von Bahn, Stadt und Land stellen von Beginn an klar, dass unabhängig vom Ausgang der Gespräche ein Abrücken vom Projekt nicht in Frage kommt.

Warum also verhandeln, wenn es nichts zu verhandeln gibt? Aus Sicht der Projektgegner_innen bieten die öffentlichen Gespräche, die in Fernsehen und Internet live und in voller Länge übertragen werden, die Möglichkeit, bislang verschwiegene Fakten öffentlich zu machen. Die Expertise pro „Stuttgart 21“ soll erschüttert, die eigenen Argumente im ganzen Land popularisiert werden. Ein nicht zu behebendes Problem bleibt: Die meisten Menschen werden nur durch den medialen Deutungsfiler erreicht. Aber das ist ein riskantes Spiel. Die Gegenseite hat Zugriff auf weit größere Ressourcen und Arbeitskraft für Expertisen. Trotzdem ist es ihr bislang

nicht gelungen, die Deutungshoheit zurückzugewinnen. Die Proteste gehen während der Verhandlungen zunächst im gewohnten Rhythmus weiter, mit zwei Demonstrationen pro Woche. Es ist jedoch ein Rückgang der Teilnehmer_innenzahlen festzustellen. Nicht mehr 50.000 bis 80.000 Menschen gehen bei den Großdemonstrationen auf die Straße, sondern „nur“ noch zwischen 20.000 und 40.000. Dies mag zum einen am kälter werdenden Wetter liegen, könnte jedoch auch daraus resultieren, dass ein Zwischenziel erreicht wurde und die Dringlichkeit, auf die Straße zu gehen, daher als geringer angesehen wird. Auch die Annahme, nun würden die Interessen der Projektgegner_innen in der Schlichtung von den Expert_innen der eigenen Seite vertreten, könnte eine demobilisierende Wirkung gehabt haben. Die maßgeblichen Akteur_innen des Widerstands versuchen dem entgegenzuwirken und betonen, dass die Schlichtungsgespräche nur erfolgreich gestaltet werden können, wenn der Druck der Straße aufrechterhalten wird. Ab November 2010 lässt sich die Frequenz der Demonstrationen dennoch nicht mehr halten. Das Aktionsbündnis gibt bekannt, dass weiterhin wöchentlich eine Montagsdemonstration stattfindet, jedoch nicht mehr regelmäßig eine Großveranstaltung am Freitag oder Samstag. In der Bewegung wird dies unterschiedlich eingeschätzt. Das Aktionsbündnis verweist darauf, dass eine Konzentration der Kräfte sinnvoll ist. Andere, insbesondere aus dem Umfeld der „Parkschützer“, sehen hierin ein Zeichen der Schwäche und plädieren für eine Beibehaltung von regelmäßig zwei Demonstrationen.

Parallel zu den Verhandlungen wird eine Aktionskonferenz einberufen, zu der kurzfristig circa 400 Personen kommen. Dort werden strukturelle Probleme der Bewegung und strategische Optionen für die Zeit nach den Verhandlungen sowie bis zur Landtagswahl im März 2011 und darüber hinaus diskutiert. Ein besonders wichtiger Diskussionspunkt soll hervorgehoben werden, da er über die Widerstandsbewegung gegen „Stuttgart 21“ hinaus prinzipielle Fragen zum Ausdruck bringt, die sich allen sozialen Bewegungen stellen.

Exkurs: Spontaneität, Kalkül und Autonomie in der Bewegung gegen „Stuttgart 21“

Es geht um das „konfliktive Spiel unterschiedlicher Modi des Politischen [...] als konfliktives Spiel der Spontaneität, des Kalküls und der Autonomie des Politischen.“⁴ Diese Modi bilden ein notwendiges und zugleich notwendig konflikthafte Spannungsverhältnis linker Politik, das nicht aufgelöst werden darf, sondern mit der „Lust am Widerspruch“ produktiv gemacht werden muss. So bringt sich das Element der Spontaneität im tatsächlichen und politisch zu bejahenden Primat der Bewegung zum Ausdruck. Die Bewegung entsteht spontan und ungeplant, bricht immer wieder aus den Bahnen aus, auch insofern diese von ihren eigenen Sprecher_innen vorgezeichnet wurden. Die Dynamik, mit der sich immer wieder eigenständige Gruppen mit eigenen Belangen und Artikulationsformen gebildet haben, zunächst die „Parkschützer“, dann innerhalb dieser und unabhängig davon weitere Gruppen, sind ein wunderbares Beispiel für diese nicht zu steuernde Produktivität. Ohne diese wären die Erfolge der Bewegung undenkbar. Ein noch eindringlicheres Beispiel sind die Montagsdemonstrationen. Von vier Privatpersonen initiiert, ohne sich mit dem Aktionsbündnis als Koordinationsgremium der Widerstandsbewegung abgestimmt zu haben, gewann diese Protestform binnen weniger Monate eine Massenbasis. Freilich lässt sich die Konstellation nicht beliebig übertragen. Aufgabe einer Bewegungslinken hat es zu sein, die Konstellationen und Konjunkturen genau zu untersuchen und Stimmungslagen zu erfühlen, in denen eine Dynamisierung sozialen Unmutes und dessen Transformation in sozialen Protest möglich ist. Bewegungen verkörpern eine konstitutive Spontaneität des Politischen und sind selber zugleich auf interne Spontaneität angewiesen, wollen sie nicht in institutionalisierte Bahnen des Politischen zurückfallen. Dies führt zu Spannungen zwischen dem Bedürfnis und der Notwendigkeit,

⁴ Thomas Seibert, Spontaneität, Kalkül und Autonomie. Strategie- und Organisationsfragen der Mosaiklinken, in: Luxemburg, 1 (2010), S. 30–37, hier S. 33.

den Protest zu koordinieren und dem Bedürfnis und der Notwendigkeit, sich einer zu starken Steuerung zu entziehen. Auch dafür ist, wie ich oben geschildert habe, der Protest gegen „Stuttgart 21“ ein Beispiel.

Das Aktionsbündnis und seine Sprecher_innen nehmen eine Mittelstellung ein zwischen der Eigenlogik der Bewegung, die sie koordinieren müssen, ohne ihre Autonomie zu unterdrücken, und der Vermittlung der Forderungen der Protestbewegung in den staatlich-politischen Raum. Sie müssen deren *Spontaneität* und *Autonomie* respektieren und unterliegen gleichwohl der Logik des *Kalküls* des Politischen: „Das Kalkül des Politischen liegt [...] in der wiederum allseits geteilten Anerkennung seiner ‚realpolitischen‘ und deshalb notwendig staatsnahen, wenn nicht selbst staatlichen Dimension.“⁵ Am Aktionsbündnis sind mit den GRÜNEN und der LINKEN Parteien beteiligt, denen parteitaktische Zusatzmotive strukturell unterstellt werden können. Dies hat strategische Vor- und Nachteile. Die Forderung, das Projekt „Stuttgart 21“ zu beenden, kann nur erfolgreich sein, wenn im Parlament diese Entscheidung getroffen wird. Parteien können starke Mobilisierungsressourcen einbringen. Außerparlamentarischer Druck und parlamentarische Umsetzung können zusammenwirken. Andererseits besteht die Gefahr, dass die Protestbewegung instrumentalisiert wird und dadurch ihre Spontaneität und Autonomie gefährdet ist. Könnten die GRÜNEN nicht insgeheim von ihrer Position abrücken – als Eintrittskarte für eine Regierungsbeteiligung? Versuchen sie dann, die Bewegung abzuwürgen? Warum zieren sich maßgebliche Vertreter_innen der Partei, klipp und klar zu sagen, dass „Stuttgart 21“ aufgegeben wird, wenn die GRÜNEN an der Regierung beteiligt sind? Dies sind berechtigte Einwände und Wachsamkeit ist geboten. Die Konsequenz kann jedoch nicht sein, die Beziehungen zu kappen und eine vorgebliche „Reinheit“ der Bewegung gegen alles Parteipolitische zu erhalten. Das Spannungsfeld existiert ja objektiv. Zentral ist, dass die Bewegung ihre Eigenständigkeit erhält und sich eindeutig je-

⁵ Ebd.

dem Druck von Parteienvertreter_innen verweigert, sobald diese aus realpolitischen Erwägungen versuchen, die Eigendynamik der Bewegung zu unterminieren. Der Kampf gegen „Stuttgart 21“ veranschaulicht exemplarisch die Herausforderungen, denen linke Eingriffe in politische Kämpfe unterliegen. Die Aufgabe besteht darin, auf einem Spielfeld, auf dem sich verschiedene Akteur_innen mit verschiedenen Interessen und verschiedenen Handlungslogiken bewegen, spontane Mobilisierungen und autonome Artikulationen politischer Begehren mit organisierenden Momenten und einer kalkulierenden Realpolitik in ein produktives Fließgleichgewicht zu bringen.

Auf der Aktionskonferenz konkretisierte sich die geschilderte Herausforderung in der Frage, wer wie, wo und mit welcher Legitimation Entscheidungen treffen darf und wie sich einzelne Aktionen in die Gesamtarchitektur des Widerstandes einfügen. Schließlich wurde die Rückkopplung der Teilnehmer_innen an den Schlichtungsgesprächen mit der Basis der Proteste als zentrale Aufgabe gesehen, die über den weiteren Erfolg entscheiden wird. Wie kann verhindert werden, dass unterschiedliche Einschätzungen über den Verlauf und die möglichen Ergebnisse der Gespräche dazu führen, dass die Bewegung auseinanderbricht? Der Natur der Sache entsprechend wird es hier keine endgültigen Antworten geben können. Der Suchprozess wird auf weiteren Konferenzen, die regelmäßig im zwei- oder dreiwöchigen Rhythmus stattfinden sollen, fortgesetzt. Bislang wird der Schwerpunkt auf den Informationsaustausch gelegt, indem Vertreter_innen aus den Schlichtungsgesprächen berichten und Anregungen aus den Diskussionen der Aktivist_innen mitnehmen. Über das Instrument der wöchentlichen Montagsdemonstrationen hinaus besteht somit ein Raum, in dem über inhaltliche und strategische Fragen zwischen Akteur_innen diskutiert werden kann, die in ihrem Handeln den unterschiedlichen Logiken des Politischen unterliegen. Die Aktionskonferenzen bedeuten eine festere Organisation von Aktivist_innen in der Protestbewegung. Offen ist, ob hieraus ein beschlussfassendes Gremium

entstehen soll und in welchem Verhältnis dieses zu den einzelnen Gruppen, zum Aktionsbündnis und zu der Verhandlungsgruppe in den Schlichtungsgesprächen stehen kann.

„Wogegen wir ´nen Aufstand machen, ist das was dahinter steckt!“ (Melitta Dingdong)
Motive des Protests und die ihnen zugrundeliegenden ökonomisch-politischen Prozesse

Der Protest gegen „Stuttgart 21“ speist sich aus verschiedenen Motiven. Ich würde drei Motivbündel unterscheiden: erstens den Protest gegen Demokratiedefizite, zweitens den Kampf gegen die Ökonomisierung und drittens jenen gegen die Beschleunigung des Lebens und die „Unwirtlichkeit“ der Städte. Die Unterscheidung darf nur als analytische verstanden werden, denn die Motive sind in der Realität miteinander verknüpft, was auch eine Stärke des Protests ausmacht. Zunächst zur Opposition gegen die Entdemokratisierung. Von den Befürworter_innen wird beschönigend davon gesprochen, das Projekt sei „schlecht kommuniziert“ und „nicht ausreichend erklärt“ worden. Diese Sätze gehören zum abgedroschenen Vokabular zeitgenössischer Reformpolitiker. Sie verraten aber ungewollt, warum die Unzufriedenheit vieler Menschen mit Entscheidungen der herrschenden Politik so groß ist. Denn sie entlarven zutiefst autoritäre Denk- und Handlungsstrukturen. Wer so spricht, konstruiert einen Gegensatz zwischen den wissenden Expert_innen in der Politik, die nach „objektiven“ Maßstäben das tun, was für die „Zukunftsfähigkeit“ oder die „Wettbewerbsfähigkeit“ oder was dergleichen ideologische Deutungsmuster mehr sind notwendig ist sowie auf der anderen Seite denjenigen, die von diesen Entscheidungen betroffen sind. Wenn in der Deutung der Protestbewegung oft davon gesprochen wird, diese sei „bürgerlich“, dann steckt darin eine richtige Beschreibung, die von den meisten jedoch falsch verstanden wird. Nicht der Unmut des *bourgeois* artikuliert sich hier. Es ist der

citoyen, der gegen seine Entmachtung auf die Straße geht und die Revitalisierung der Demokratie und des Politischen überhaupt einfordert und praktiziert. Greift man auf die Bestimmung der Politik und des Politischen bei Hannah Arendt zurück, wird deutlich, was gemeint ist.

Das Politische lässt sich mit Hannah Arendt als diejenigen Formen des Zusammenseins charakterisieren, „in denen man sich untereinander bespricht, um dann in Übereinstimmung miteinander zu handeln.“⁶ Das Politische ereignet sich in der Begegnung der Bürger_innen und ist fundiert in deren kommunikativer Praxis und Selbstherrschaft. Der eigentliche politische Bereich ist *insofern* dem der Herrschaft und des strategischen Handelns entzogen. Das Politische ist bei Arendt kein institutionell abgezierter Bereich, sondern eine allgemeine soziale Beziehungsform, in der Menschen gemeinsam über die gemeinsame Welt entscheiden. „Damit etwas zum ‚politischen Problem‘ werden kann, muss es sich also um etwas handeln, das gestaltbar ist“, das heißt es muss sich in einem Bereich bewegen, „in dem menschliches Handeln und menschliche Entscheidungen relevant sind.“⁷

Die politische Rechtfertigungsstrategie der Eliten ist Ausdruck eines völlig entgegengesetzten Demokratieverständnisses. Es wird auf das gesetzeskonforme Zustandekommen der Entscheidung für „Stuttgart 21“ verwiesen. Die Entscheidung für „Stuttgart 21“ wird als „alternativlos“ ausgegeben. Damit soll sie technokratisch neutralisiert und dem politischen Diskurs entzogen werden. „Alternativlos“ – diese Vokabel erregt wie kaum eine andere den Unmut der Menschen, die gegen „Stuttgart 21“ kämpfen. Sie zerreißen den ideologischen Schleier, hinter dem zu verbergen versucht wird, dass „es [...] im menschlichen Zusammenleben keine ‚technischen Lösungen‘ gibt, die nicht immer auch schon qualitative Entscheidungen wären, Entscheidungen also über das Wie des menschlichen

⁶ Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München 1981, S. 149.

⁷ Rahel Jaeggi, *Wie weiter mit Hannah Arendt?*, Hamburg 2008, S. 11 f.

Zusammenlebens, über die Frage, wie wir zusammenleben sollen – oder mit Arendt, über die Gestaltung der gemeinsamen Welt.“⁸

Wenn diese Analyse richtig ist, ist die Kritik an Demokratiedefiziten bei der Planung des Projektes kein Ausdruck von „Politikverdrossenheit“. Eine aktuelle Befragung des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) bestätigt das. Sie zeigt, „dass die Demonstranten den Zustand der Demokratie in der Bundesrepublik sehr kritisch sehen, die überwiegende Mehrheit sind dabei aktive Demokraten, die das repräsentative System nicht an sich in Frage stellen [...]. Die Kritik an der real existierenden Demokratie ändert nichts daran, dass Wahlen mehrheitlich als wichtig eingeschätzt werden. Jeweils 91% gaben an, dass sie sich an der letzten Bundes- und Landtagswahl beteiligt haben.“⁹ Aus dieser Analyse ergibt sich nach meiner Auffassung, dass die Verfahren der repräsentativen Demokratie durch direkt-demokratische ergänzt werden müssen. Für diese müssen geeignete institutionelle Rahmungen gefunden werden, die verhindern, dass sie zu einem Instrument der Besserverdienenden und -gebildeten werden. Es muss gewährleistet sein, dass die Interessenartikulation und -aggregation durch Parteien und Verbände so lange ein wichtiger Bestandteil der Demokratie bleibt bis die Bedingungen der Möglichkeit für wohlinformierte Partizipation universalisiert sind. Die Demokratiefrage und die soziale Frage sind insofern nicht zu trennen.

„Für das Funktionieren der Demokratie werden Transparenz sowie die Unabhängigkeit von Parlamentariern und Regierenden als zentral angesehen“, heißt es in dem Bericht des WZB weiter.¹⁰ Beides war und ist im Falle von „Stuttgart 21“ in eklatanter Weise nicht gegeben. Die persönlichen und institutionellen Verflechtungen zwischen Landesregierung, Parteien, Landesbank Baden-Württemberg, Stadtregierung, Lokalpresse und Unternehmen sind em-

⁸ Ebd., S. 32.

⁹ Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Befragung von Demonstranten (wie Anm. 2).

¹⁰ Ebd.

pörend. Die Rede ist von der „Maultaschen-Connection“ und der „Schwabenmafia“. Diese wenig schmeichelhaften Bezeichnungen scheinen nicht unangemessen, wie an einigen wenigen Beispielen gesehen werden kann: Der Stuttgarter Oberbürgermeister Wolfgang Schuster (CDU), die baden-württembergische Verkehrsministerin Tanja Gönner (CDU) und der Architekt des geplanten Tiefbahnhofs Christoph Ingenhoven waren oder sind Mitglieder im Beirat der Stiftung „Lebendige Stadt“ der ECE-Projektmanagement, die auf dem Bahnhofsgelände ein großes Einkaufszentrum bauen will. Der Stuttgarter Finanzbürgermeister Michael Föll (CDU) war Berater bei der Baufirma Wolff & Müller, die mit den Abrissarbeiten am Hauptbahnhof beauftragt wurde. Die Südwestdeutsche Medien Holding GmbH, die unter anderem Besitzerin sowohl der *Stuttgarter Zeitung* als auch der *Stuttgarter Nachrichten* ist, hat nach finanziellen Schwierigkeiten bei der Übernahme der Mehrheit der *Süddeutschen Zeitung* einen Kredit zu guten Konditionen bei der Landesbank Baden-Württemberg bekommen. Zwar muss man anerkennen, dass die Berichterstattung über „Stuttgart 21“ durch den Druck der Protestbewegung ausgewogener geworden ist. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Positionierung *für* „Stuttgart 21“ in den Medien der Holding lange Zeit die Linie dominierte. Vom außenpolitischen Ressortleiter der *Stuttgarter Zeitung*, Adrian Zielcke, stammt der kurz vor seinem Rückzug in den Ruhestand geschriebene Satz: „Ohne die Zustimmung der *Stuttgarter Zeitung* zu diesem Großprojekt würde, so vermute ich einfach mal, Stuttgart 21 nie gebaut werden.“¹¹ Die Liste ließe sich fortsetzen.

Dennoch wäre es zu einfach, die staatlichen Stellen als bloße Befehlsempfänger von Wirtschaftslobbyist_innen zu begreifen. Die Verknüpfungen und Abhängigkeiten sind ein Element dessen, was der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch als „Postdemokratie“ bezeichnet: „Vieles deutet darauf hin, dass durch den wach-

¹¹ STERN online, 7. Oktober 2010, [<http://www.stern.de/politik/deutschland/medien-und-stuttgart-21-fahrt-auf-schwaebischem-filz-1611232.html>] (Download 18. November 2010).

senden Einfluss der Lobbyisten die Macht der großen Unternehmen und der Personen, die dort die Schlüsselpositionen innehaben, weiter zunehmen wird. Die Macht, die sie in den Firmen ohnehin bereits ausüben, wird in politische Macht übersetzt, mit der sie Zugriff auf weitere soziale Bereiche bekommen. Damit wird das demokratische Gleichgewicht ernsthaft in Frage gestellt.“¹² Große Spielräume für Lobbyisten und eine Politik, die auf Interventionen in die kapitalistische Ökonomie möglichst weitgehend verzichtet,¹³ bilden ein Syndrom, das die Substanz demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten auszehrt. Dagegen wendet sich der Protest, nicht allein im Falle von „Stuttgart 21“, sondern auch in anderen Konflikten, wie zum Beispiel angesichts der Atompolitik der Bundesregierung.

Der Kampf gegen die Ökonomisierung der Stadt und gegen die Beschleunigung des Lebens

In der erwähnten Befragung des WZB werden die hohen Kosten des Projekts als das Hauptargument gegen „Stuttgart 21“ genannt, gefolgt von der Zustimmung zu der Aussage, dass der Profit nur auf Seiten der Banken und Konzerne lande. Für viele ist es nicht mehr zu akzeptieren, dass die Politik Projekte durchsetzt, die sich primär an den Interessen des Kapitals ausrichten. „Stuttgart 21“ wird als verkehrlich untaugliches Projekt eingeschätzt, das nur deswegen angebaut wird, weil die frei werdenden Flächen prächtige Spekulationsobjekte für Investoren bieten. An eine an den Interessen der Einwohner_innen orientierte Stadtentwicklung glaubt dagegen nur eine Minderheit. Die Erfahrungen mit anderen großen Bauprojekten haben diese Einschätzung geprägt. Die Stadt ist der Nahraum, in dem sich der größte Teil des Lebens der Menschen abspielt. Die Konsequenzen der Ökonomisierung der Gesellschaft durch Imperative der Kapitalverwertung werden hier unmittelbar spürbar. Dies eröffnet die Möglichkeit, einen abstrakten Prozess an den lebens-

¹² Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt am Main 2008, S. 63.

¹³ Ebd., S. 10.

weltlichen Erfahrungen der Menschen zu konkretisieren. Der Widerstand gegen „Stuttgart 21“ gewinnt seine Zugkraft daraus, dass die Menschen „vor ihrer Haustür“ erleben, was eine Politik, die von Kapitalverwertungsinteressen dominiert wird, in ihrer Lebenswelt anrichtet. Die wenigsten stellen diesen Nexus her und es wäre auch kontraproduktiv, plump antikapitalistische Parolen in den Protest zu tragen. Mit dem Einsatz für eine soziale und kulturvolle Stadtentwicklung können aber Alternativen mehrheitsfähig gemacht werden, die für eine andere gesellschaftliche Entwicklungsweise stehen. „Wie wollen wir hier leben?“, „Wie können wir uns die Stadt (neu) aneignen?“ „Was heißt ‚Recht auf Stadt‘ konkret?“ Mit solchen Fragen könnte die Entwicklung von Alternativen beginnen, eine Entwicklung, die nicht ohne Konflikte verläuft, aber „gemeinsam das Gemeinsame schafft“.

Neben der Ökonomisierung der Gesellschaft ist die Beschleunigung des Lebens ein Signum des aktuellen Kapitalismus.¹⁴ „Stuttgart 21“ ist ein Paradebeispiel dafür. Denn es ist auch ein *Hochgeschwindigkeitsprojekt*, das den Fernverkehr zu Ungunsten des Nahverkehrs stärken soll. Stuttgart soll ans europäische Hochgeschwindigkeitsnetz angeschlossen werden. Durch die Beschleunigung des Verkehrsflusses soll das Wirtschaftswachstum angekurbelt werden, von dem, wie es heißt, „wir alle abhängen“. Genauso wie die Kapitalverwertung ist die Beschleunigung ein zum Fetisch gewordener Systemprozess, dem wir uns zu unterwerfen haben.

Dieser Prozess trifft auf ein widersprüchliches Alltagsbewusstsein der Subjekte, die sich ihm zum einen unterwerfen (müssen), zum anderen aber gegen den damit verbundenen Verlust lebensweltlicher Sicherheiten und Ankerpunkte aufbegehren. Deswegen reagieren sie empfindlich, wenn sie sehen, dass ihre Stadt ihr Gesicht rapide verändert, ohne dass sie spürbaren Einfluss nehmen können. Der Widerstand, der durch den Abriss des Nordflügels des Bahnhofs und durch das Abholzen der Bäume im Schlossgarten

¹⁴ Vgl. Hartmut Rosa, Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt am Main 2005.

ausgelöst wurde, zeigt das. Man muss diese Gefühle nicht teilen. Doch sich darauf zu beschränken, sie als „konservativ“ abzuwerten, bedeutet, den dahinterstehenden Prozess nicht zu verstehen. Dass sich Menschen aus verschiedenen sozialen Klassen, Schichten und Milieus in diesem Protest vereinen, zeigt, dass es hier ein verbindendes Moment der Kritik gibt. Dies ist nicht per se links. Aber es besteht die Chance, mit einer ethisch argumentierenden normativen Kapitalismuskritik am alltagsbewussten Unwohlsein anzuknüpfen. Eine solche Kapitalismuskritik betont „in der Regel weniger die Differenzierungslinien in der Gesellschaft als vielmehr den Gesamtcharakter und die Entwicklungsrichtung der kapitalistischen Gesellschaftsformation, der sie Tendenzen zur Entfremdung, zur Verdinglichung, zur Wert- und Gemeinschaftszersetzung, zur Austrocknung von Sinnressourcen oder auch zur Produktion ‚kollektiver‘ Irrationalitäten im Hinblick auf die individuelle und kollektive Lebensführung unterstellt. Diese ethische ‚Künstlerkritik‘ postuliert gewissermaßen ein kollektives Interesse aller Menschen an der Überwindung dieser Gesellschaftsformation [...]“¹⁵

Schluss

Ich habe in vorliegendem Text versucht, die Entwicklungen bis zum November 2010 zu schildern und eine Einschätzung zum Stand, den Problemen und zu den Herausforderungen der Bewegung gegen „Stuttgart 21“ vorzunehmen. Wie es weitergeht, ist offen. Ich hoffe aber gezeigt zu haben, dass unabhängig davon am vorliegenden Beispiel gelernt werden kann. Die Linke kann nur dann erfolgreich agieren, wenn sie sich produktiv im Spannungsfeld von Autonomie, Spontaneität und Kalkül als nicht aufeinander reduzierbaren Modi des Politischen zu bewegen lernt. Sie wird die Gesellschaft nur dann emanzipatorisch verändern können, wenn sie an den konkre-

¹⁵ Hartmut Rosa, Leiharbeiter und Aktivbürger: Was stimmt nicht mit dem spätmodernen Kapitalismus?, in: Klaus Dörre / Stephan Lessenich / Hartmut Rosa, Soziologie. Kapitalismus. Kritik. Eine Debatte, Frankfurt am Main 2009, S. 205–242, hier S. 206.

Die Proteste gegen „Stuttgart 21“

ten Erfahrungen und Bedürfnissen der Menschen ansetzt und die Demokratiefraße als eine Kernfrage der Gegenwart begreift, die sie zusammen mit der sozialen Frage (und der ökologischen Frage, die hier nicht im Fokus stand, obwohl zu „Stuttgart 21“ und Ökologie auch eine Menge zu sagen wäre) lösen muss.